

John Maynard Keynes feiert das Comeback des Jahres

Über Jahrzehnte war er ein Fall fürs Archiv. Seine Theorien waren zu links und schädlich für die Staatsfinanzen. Doch in der derzeitigen Wirtschaftskrise kommen die Mächtigen dieser Welt nicht mehr am britischen Ökonom John Maynard Keynes vorbei.

5 Berlin - Nein, mit diesem Mann will niemand etwas zu tun haben. Nicht Angela Merkel, obwohl sich die Kanzlerin gerade für ihr 32 Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket von ihm inspirieren ließ. Kein Lob von Nicolas Sarkozy, obwohl Frankreichs Präsident die Idee mit dem neuen 26-Milliarden-Programm von ihm geklaut hat. Den Namen des Mannes nicht einmal aussprechen würden Mächtige wie US-Präsident George W. Bush oder Chinas Premier Wen Jiabao – obwohl beide in seinem Geiste gegen die Rezession kämpfen. Der eine mit bislang 180 Milliarden Dollar, der andere mit 550 Milliarden.

10 Der Mann heißt John Maynard Keynes, und seine Ideen galten über Jahrzehnte als zu verstaubt, zu links, zu gefährlich für die Staatsfinanzen – ein Fall fürs Archiv. Doch in diesen Tagen ist sein Werk Thema an jedem Regierungstisch, obwohl der britische Mathematiker seit mehr als 60 Jahren tot ist. Im Angesicht des wirtschaftlichen Abgrunds ist die Welt fündig geworden bei dem Lord, der als einer der wichtigsten Ökonomen überhaupt gilt. Er legt das Comeback des Jahres hin: Die Verstaatlichung von Banken, Regierungsgarantien für Sparbücher, die Ausgabe von Konsumschecks, all das geht auf Keynes zurück. Der Kapitalismus zeigt einmal mehr, dass er nicht nur kraftvoll, sondern auch labil ist – und mitunter gerettet werden muss.

Keynes glaubte an die "unsichtbare Hand"

20 Daran mochte indes Keynes lange selbst nicht glauben. An der Universität in Cambridge als Student der Mathematik und der Ökonomie hatte der 1883 geborene Professorensohn gelernt, dass "die unsichtbare Hand" es schon richten werde. Der Mechanismus also, mit dem der Philosoph Adam Smith 1776 das geheimnisvolle Wirken der Marktkräfte beschrieben hatte: Angebot und Nachfrage glichen sich stets aus, weil der Eigensinn der Menschen dafür Sorge, hatte dieser im Buch "Der Wohlstand der Nationen" behauptet. Und Keynes hatte ihm geglaubt, als Wissenschaftler und als Unterhändler bei den Verhandlungen von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg: Krisen, so die als Neoklassik bezeichnete Lehrmeinung, bewältige der Markt von allein. Weil das Geld in einem steten Kreislauf zwischen Unternehmen und Verbrauchern hin- und herfließe.

30 Spätestens im Herbst 1929 beschlichen Keynes Zweifel an diesem Automatismus – weil plötzlich nichts mehr floss. Ende Oktober kamen die Börsenkurse in New York ins Rutschen und rissen Unternehmen rund um den Globus mit in die Tiefe. Millionen Menschen standen nun auf der Straße, das Geld wurde wertlos. Die Krise dauerte und dauerte – doch der Markt richtete es nicht.

"Der Patient braucht nicht Ruhe, sondern Bewegung"

35 Keynes schloss daraus, dass die Ökonomen bis dato einen wichtigen Punkt übersehen hatten: die Psyche der Menschen. Mache sich in einer Krise Pessimismus breit, könne dies das wirtschaftliche Leben lähmen: Firmen investierten nicht mehr, müssten Jobs streichen und würden ihre Produkte dann erst recht nicht los, weil niemand mehr konsumiere. "Die Aufgabe, das Volumen der Investitionen zu steuern, kann nicht in privaten Händen gelassen werden", folgerte Keynes.

40 Mit anderen Worten: Wenn alle private Initiative gelähmt ist, müsse der Staat einspringen und in Straßen, Schienen und Schulen investieren. Die Massenarbeitslosigkeit gefährde sonst die Demokratie. "Jetzt ist die Zeit für Körperschaften, mit allen Arten sinnvoller Verbesserungen geschäftig und tätig zu sein. Der Patient braucht nicht Ruhe, sondern Bewegung", rief er damals im Radio.

"Wir sind jetzt alle Keynesianer"

45 Auf diese Idee waren vor Keynes zwar schon andere gekommen. Trotzdem revolutionierte er 1936 mit dem Buch "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" die Ökonomenwelt. Nach dem Krieg erkannten auch Politiker rasch den Charme seiner Ideen. Sie träumten von der Feinsteuerung der Wirtschaft über genau dosierte Ausgabenprogramme und dem Ende aller Krisen. In Deutschland funktionierte das zunächst, etwa im Abschwung 1967 unter dem SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller. "Wir sind jetzt alle Keynesianer", tönte 1971 gar US-Präsident Richard Nixon.

50 Doch bald zeigte sich, dass Keynes und seine Anhänger dem Staat zu viel zugetraut hatten. Egal welches Problem auftrat – stets reagierte die Politik mit Ausgaben. Dabei war fehlende Nachfrage oft nicht das Problem, sondern hohe Kosten. Inflation, Staatsschulden, steigende Arbeitslosigkeit und schwaches Wachstum waren das Erbe der sorglos betriebenen Politik, die sich auf Keynes berufen hatte.

Zudem kamen die Staaten mit ihrem "deficit spending" regelmäßig zu spät, wie eine Studie der Europäischen Zentralbank zeigt. Was den Abschwung eigentlich abschwächen sollte, hat nur den Aufschwung verstärkt, weil der früher kam als gedacht. Kurz: Viele Konjunkturprogramme waren unnötig, sie wirkten pro- statt antizyklisch.

Derzeit gibt es keine Alternative

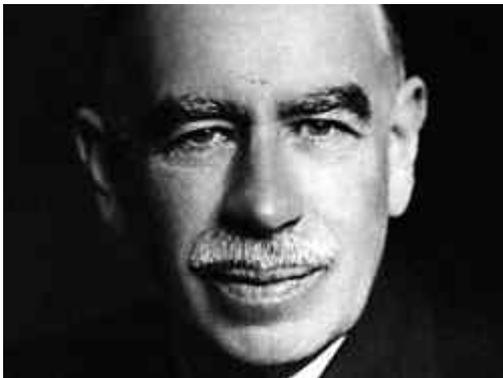
60 Doch in der derzeitigen Lage gibt es keine Alternative – findet auch Jürgen Kromphardt, Ex-Wirtschaftsweiser aus Berlin und Vorsitzender der deutschen Keynes-Gesellschaft. Allerdings gelte es, Lehren aus den Fehlern von früher zu ziehen. "Das Wichtigste ist, in den wirtschaftlich guten Jahren den Haushalt wieder zu konsolidieren", sagt er. Das sei den Politikern von heute auch bewusst.

Kromphardt hofft auf ein Revival des alten Briten – und auf ein Ende der Vorbehalte gegen Staatseingriffe, gerade in Deutschland. "Wenn wir mit keynesianischer Politik nun aus der Krise kommen, wird hoffentlich mehr Pragmatismus in die Debatte einziehen." Keynes selbst sah den Politikbetrieb ohne Illusionen. Er schrieb: "Wahnsinnige in hoher Stellung, die Stimmen in der Luft hören, zapfen ihren wilden Irrsinn aus dem, was irgendein akademischer Schreiber ein paar Jahre vorher verfasste."

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 07.12.2008)

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Wirtschaftskrise-Oekonomie-Keynes:art271,2678696>

70 John M. Keynes, der Popstar der Krise



Keynes hat unter europäischen Politikern momentan viele Anhänger: John Maynard Keynes (1883-1946)

Von Sebastian Dullien

75 **Im Kanzleramt trifft die Kanzlerin heute führende Vertreter der Wirtschaft. Es geht um die Frage: Wie muss der Staat in der Krise in die Wirtschaft eingreifen? Der Superstar in diesen Zeiten heißt John Maynard Keynes. Alle sind sie jetzt Jünger des Briten, Keynesianer. Allein: Wofür steht der Ökonom? Was macht seine Ideen so erfolgversprechend? Und was hat Finanzminister Peer Steinbrück gegen ihn?**

80 John Maynard Keynes. Jahrelang war dieser Name in Deutschland fast so etwas wie ein Schimpfwort. Deutsche Leitartikler warnten unisono, dass die Rezepte des Ökonomen zu Inflation und Staatsbankrott führen würden, an renommierten deutschen Universitäten galten seine "veralteten Theorien" als lästiges Pflichtprogramm, bestenfalls Politiker der Linkspartei oder linke Sozialdemokraten beriefen sich gerne auf den Ökonomen.

Die Frage, ob ein Staat eingreifen muss, ist in diesen Tagen relativ unumstritten. Nur wie und wann, darum geht es, wenn unter der Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Sonntag ein Krisengipfel mögliche neue Maßnahmen zur Konjunkturbelebung berät. Im Kanzleramt werden führende Vertreter der Wirtschaft, Banken und Forschung erwartet. Merkel und ihr Stellvertreter, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, haben bereits deutlich gemacht, dass mit Entscheidungen nicht zu rechnen ist. Man werde sich Möglichkeiten erarbeiten, um bei einer Verschärfung der Krise schnell reagieren zu können, sagte Merkel der "Bild am Sonntag".

90 **Zeitung: Zweites Konjunkturpaket beschlossen**

Nach Angaben von SPD-Fraktionschef Peter Struck ist mit der Kanzlerin vereinbart, frühestens Ende Februar über ein zweites Konjunkturpaket zu entscheiden. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtet hingegen, in der Regierung sei man sich schon über ein Konjunkturprogramm für Ende Januar einig.

95 Wirtschaftswissenschaftler hatten die Runde im Kanzleramt vor übereilten Beschlüssen gewarnt. "Ich würde die Flinte vorbereiten, ohne mein Pulver schon jetzt zu verschießen", sagte der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, dem Magazin "Focus".

60 Jahre nach Keynes Tod sind wieder einmal alle Keynesianer

100 Die Wirtschaftskrise hat Keynes, der von 1883 bis 1946 lebte, drastisch aufgewertet: Von Regierungschefs bis hin zu Volkswirten - 60 Jahre nach Keynes Tod sind wieder einmal alle Keynesianer. Die Rezepte des Nobelpreisträgers werden, freilich in abgewandelter Form, als globale Heilsbotschaften gehandelt. In den USA verspricht der designierte Präsident Barack Obama ein gigantisches Investitionsprogramm. Wie das "Wall Street Journal" berichtete, erwägt Obama angesichts der dramatischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ein zweijähriges Konjunkturprogramm über bis zu eine Billion Dollar. Vor zwei Wochen erst war von einem Paket im Volumen von rund 500 Milliarden Dollar die Rede gewesen.

Großbritannien und Frankreich sind auch dabei. Der Brite Gordon Brown senkt den Mehrwertsteuer-Satz, der Franzose Nicolas Sarkozy brüstet sich mit seiner Konjunkturspritze. Internationale Organisationen wie der Währungsfonds (IWF) oder die Industrieländerorganisation OECD blasen ins gleiche Horn. Und auch in Deutschland fordern fast alle hochrangigen Wirtschaftsexperten den Staat auf, mit mehr Staatsausgaben oder Steuersenkungen auf Pump schnell die Wirtschaft anzukurbeln. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute dringen darauf, Staatsinvestitionen vorzuziehen, der Sachverständigenrat - die "fünf Wirtschaftsweisen" - fordert schnell mehr Geld für Infrastruktur, Bildung und Forschung. 110 Die wichtigsten Medien sind längst auf den Zug aufgesprungen. Selbst die Bundesregierung, die sich bislang ziert, große Geldsummen in die Hand zu nehmen, ist rhetorisch längst auf die neue Linie eingeschwenkt. 115 Allein Peer Steinbrück, der widerborstige deutsche Finanzminister, ist bei seiner Keynes-Interpretation ambivalent: In seinen Reden preist er unablässig die Regierung für ihre Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage, andererseits hat er in seinem mittlerweile berühmten "Newsweek"-Interview vor einem "grobem", einem überzogenen Keynesianismus gewarnt.

Der Staat soll Geld in die Wirtschaft pumpen

120 Keynes hatte all die Maßnahmen, die sich jetzt, zumindest rhetorisch, eines so großen politischen Zuspruchs erfreuen, schon während der großen Wirtschaftskrise der 1930er Jahre vorgeschlagen. Genau deshalb ist sein Name nun plötzlich wieder en vogue. Er ist der Pop-Star dieser Krise. Keynes hatte damals analysiert, dass es Situationen gebe, in denen private Investoren aus Angst vor der Zukunft ihre Investitionen zurückfahren oder in denen Anleger ihr Geld wegen großer Unsicherheit nicht mehr verleihen wollten. In 125 einer solchen Situation drohe eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale aus fallender Nachfrage, neuer Investitionskürzungen und wachsender Arbeitslosigkeit. In einer derartigen Lage, argumentierte der Ökonom, sei der Staat gefragt: Dieser müsse einspringen, mit staatlichen Investitionen. Auch die Finanzierung sei kein Problem: Der Staat müsse eben Schulden machen. Dafür werde ein noch dramatischerer Abschwung verhindert, was in der Summe den Staat und die Gesellschaft am Ende billiger käme. Dem Argument, dass 130 sich die Wirtschaft langfristig schon wieder von alleine zu einem Gleichgewicht bewegen werde, wird heute so gerne das Keynes-Zitat entgegen gehalten, dass wir "langfristig ohnehin alle tot sind." ("In the long run we are all dead.")

Schon zu Keynes Zeiten war dieser Ansatz zunächst höchst umstritten. Als er seine Ideen erstmals formulierte, glaubten die meisten Volkswirte fest daran, dass die Wirtschaft am besten sich selbst überlassen werden sollte. US-Präsident Herbert Hoover hatte noch wenige Jahre vor dem Erscheinen des Keyneschen Hauptwerks "The General Theory of Employment, Interest and Money" ("Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes") im Jahre 1936 Banken zu Hunderten in den Konkurs laufen lassen. Anstatt die Nachfrage mit Staatsausgaben anzukurbeln, versuchte Hoover mit immer neuen

140 Ausgabekürzungen den wachsenden Löchern im Staatshaushalt Herr zu werden. Er und seine Berater glaubten, die Rezession sei notwendig, um die Wirtschaft von den vorherigen Übertreibungen zu retten. Die damaligen Experten unterstützten diese Politik mehrheitlich. Das Ergebnis war verheerend: Die Wirtschaftsleistung in den USA brach von 1929 bis 1933 um mehr als ein Viertel ein, zum Höhepunkt der Krise waren 30 Prozent der Amerikaner arbeitslos. Die Wirtschaft fiel immer tiefer in den Strudel der Depression.

145 Auch aus dieser Erfahrung zog Keynes die Beobachtungen für seine neue Theorie - und sah sich bestätigt, als die Weltwirtschaft sich just in jenem Moment zu erholen begann, als Hoovers Nachfolger Franklin D. Roosevelt staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auflegte, die er mit neuen Staatsschulden finanzierte.

"Wir sind jetzt alle Keynesianer"

150 Allerdings war selbst danach zunächst Keynes' Siegeszug ein langer Kampf gegen eingefahrene Denkmuster. Wie mühselig die Überzeugungsarbeit war, lässt sich erahnen, wenn Keynes in seiner "General Theory" schreibt: "Die Schwierigkeit liegt nicht in neuen Ideen, sondern darin, alten Ideen zu entkommen, deren Verästelung sich in allen Ecken unseres Geistes festgesetzt haben."

155 In den 1940er und 1950er Jahren war es dann soweit: Eine junge Generation von Volkswirten und Politikern, die Keynes' Werke schon früh in ihrer Karriere gelesen hatten, bevölkerte inzwischen Universitäten und Regierungen. 1965, fast 20 Jahre nach Keynes Tod, titelte das US-Magazin "Time": "We are all Keynesians now" - "Wir sind jetzt alle Keynesianer". Und tatsächlich bauten die meisten Volkswirte in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auf dem Gedankengebäude Keynes auf. Und Politiker auf der ganzen Welt veränderten Staatsausgaben und Zinsen, um Abschwünge abzufedern - und das durchaus mit Erfolg: Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Welt fast drei Jahrzehnte stabilen und robusten Wachstums.

Keynes konnte seine Ideen allgemeinverständlich vortragen

165 Zu dieser Revolution trug sicher auch bei, dass Keynes wie kaum ein anderer Volkswirt die Gabe hatte, seine Ideen in allgemein verständlichen Zeitungsartikeln oder in Radiosendungen dem breiten Publikum zu erklären, er konnte auf den Ökonomen-Jargon lässig verzichten, gesellschaftlich war er zudem bestens vernetzt. So war Keynes unter anderem Mitglied der so genannten "Bloomsbury-Gruppe", einem kleinen, aus einem Debattierclub der Universität Cambridge hervorgegangenen Zirkel, dem auch solch illustre Personen wie die Schriftstellerin Virginia Woolf und der Künstler Duncan Grant angehörten.

170 In den 70er Jahren stieß die keynesianische Politik allerdings an ihre Grenzen: Wirtschaftspolitiker verfielen dem Fehlschluss, alleine mit Instrumenten wie Zinssenkungen oder höheren Staatsausgaben ließe sich jedes gesamtwirtschaftliche Problem lösen. Auf den Ölpreisschock 1973 reagierten sie erneut mit steigenden Staatsausgaben, was die Inflation weiter anheizte und den öffentlichen Sektor nachhaltig aufblähte. Unter Volkswirten wuchs daraufhin die Skepsis gegenüber keynesianischer Politik: Die Gefahr sei zu groß, dass diese Instrumente falsch eingesetzt würden und die wirtschaftlichen Probleme deshalb verschlimmerten, lautete das Credo der akademischen Ökonomen in den 1980er Jahren. Gerne wurde zur Abschreckung "keynesianische" Politik dabei mit Inflation in einem Atemzug genannt - obwohl Keynes selber einst selbst mit den Worten vor Inflationspolitik gewarnt hatte, dass "der sicherste Weg das kapitalistische System zu zerstören [sei,] die Währung zu entwerten".

Die Weltwirtschaft steht am Rande eines katastrophalen Abschwungs

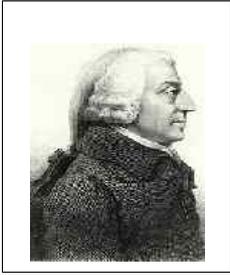
180 Große Gefahren, die Fehler der 1970er Jahre zu wiederholen, bestehen derzeit nicht: Die Weltwirtschaft steht am Rande eines katastrophalen Abschwungs. Es ist zwar nicht klar, wie dramatisch genau die Rezession ausfällt, aber klar ist sehr wohl, dass der Einbruch der schlimmste seit mindestens einem Vierteljahrhundert sein wird. Dank fallender Ölpreise und langsamen Lohnwachstum besteht keine Inflationsgefahr. Wegen der Bankenkrise und der Zukunftsangst haben Unternehmen ihre Investitions- und Beschäftigungspläne radikal zusammen gestrichen.

Genau vor dem Hintergrund solch einer Situation hatte Keynes einst seine Politikempfehlungen entworfen. Und genau in einer solchen Situation haben die Rezepte schon einmal gewirkt. Das jetzige Comeback des alten Briten ist deshalb eigentlich wenig überraschend.

190 *Sebastian Dullien ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der FHTW Berlin.*

<http://www.stern.de/wirtschaft/unternehmen/maerkte/Konjunkturprogramme-John-M.-Keynes.-Popstar-Krise/648889.html>

[...] Ökonomie



Smiths Wirken in der Ökonomie war vielseitig. So befasste er sich mit Arbeitsteilung und dem Prinzip des freien Marktes, der Verteilungstheorie, der Außenhandelstheorie und der Rolle des Staates.

195

Smiths Vorlesungen in Moralphilosophie bildeten 1759 die Grundlage für die Veröffentlichung seines philosophischen Hauptwerkes Die Theorie der ethischen Gefühle. Darin bezeichnet er die Sympathie für die Mitmenschen als Grundlage der Moral und als Triebfeder der menschlichen Arbeit. Etwas später erschien sein Werk *On the origin of languages and of the different genius of*

200

those which are original and compounded.

1776 erschien sein berühmtes ökonomisches Hauptwerk Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen (Originaltitel: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*), an dem er zwölf Jahre lang zurückgezogen in Kirkcaldy gearbeitet hatte. Das Erscheinen dieses Buches wird als Geburtsstunde der Nationalökonomie angesehen. Zwischen beiden Werken wird von einigen Ökonomen ein Widerspruch gesehen, der als Adam-Smith-Problem in der ökonomischen Fachliteratur thematisiert wird.

205

In *Wohlstand der Nationen* bezeichnet er die Arbeit (lateinisch *industria*, englisch *industry*, daher die Benennung des smith'schen Systems als *Industriesystem*) als Quelle und Maßstab des Wertes. Im Gegensatz zur Anschauung der Merkantilisten und Physiokraten ist ihm jede nützliche Arbeit produktiv. Mit den letzteren bezeichnet er den nicht durch Staatseingriffe gehinderten freien Wettbewerb als Grundlage einer richtigen Arbeitsteilung. Der freie innere und internationale Verkehr bewirkt nach Smith nicht allein eine zweckmäßige örtliche und zeitliche Verteilung von Kräften und Mitteln sowie den Ausgleich von Preisen und Gewinnen, sondern auch die beste Förderung des Gemeinwohls.

210

Zu Smiths Zeiten gab es die Ökonomie als Wissenschaft im heutigen Sinn noch nicht. So ist es nicht verwunderlich, dass Smith als *Moralphilosoph* aus heutiger Sicht auf einem fachfremden Gebiet arbeitete, als er seine Arbeiten zur Ökonomie verfasste. Eine der Kernfragen der Ethik, der sich Smith als *Moralphilosoph* auch widmete, lautet: „Was ist bedeutsamer: das allgemeine, gesellschaftliche Glück oder das persönliche, individuelle Glück?“. Smith bearbeitete sie im *Wohlstand der Nationen*, indem er mit empirischen Schlussfolgerungen arbeitet. Seine Folgerung: Das allgemeine, gesellschaftliche Glück werde maximiert, indem jedes Individuum im Rahmen seiner *ethischen Gefühle* versucht, sein persönliches Glück zu erhöhen. Durch die unsichtbare Hand werde gleichzeitig auch das allgemeine, gesellschaftliche Glück erhöht. Diese Schlussfolgerung ist zwar im Sinne der Ethik durchweg „praktisch“ und trifft in so mancher Betrachtung auch zu. Ihre Verallgemeinerung auf ein universales Leitprinzip ist jedoch bis heute umstritten. Gerne vergessen aber sowohl Anhänger als auch Kritiker Smiths die Begrenzung des persönlichen Glückstrebens durch die *ethischen Gefühle*.

220

225

230

235

Besonders populär geworden ist der von Adam Smith geprägte Begriff der unsichtbaren Hand. Smith benützt die Metapher von der unsichtbaren Hand im *Wohlstand der Nationen* nur an einer Stelle, und zwar in einem Kapitel, in dem er Handelsbeschränkungen untersucht. Kaufleute, so erklärt Smith dort, investieren oft im eigenen Interesse ihr Kapital eher im eigenen Land als in der Ferne. Er folgert dann weiter unten im gleichen Kapitel: *Wenn daher jeder einzelne soviel wie nur möglich danach trachtet, sein Kapital zur Unterstützung der einheimischen Erwerbstätigkeit einzusetzen und dadurch diese so lenkt, daß ihr Ertrag den höchsten Wertzuwachs erwarten läßt, dann bemüht sich auch jeder einzelne ganz zwangsläufig, daß das Volkseinkommen im Jahr so groß wie möglich werden wird. Tatsächlich fördert er in der Regel nicht bewußt das Allgemeinwohl, noch weiß er wie hoch der eigene Beitrag ist. Wenn er es vorzieht, die eigene nationale Wirtschaft anstatt die ausländische zu unterstützen, denkt er eigentlich nur an die eigene Sicherheit, und wenn er*

240 dadurch die Erwerbstätigkeit so fördert, daß ihr Ertrag den höchsten Wert erzielen kann, strebt er lediglich nach eigenem Gewinn. Er wird in diesem wie auch in vielen anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. (viertes Buch, Kapitel 2)

245 Smith trat nie dafür ein, dass jeder nur seine eigenen Interessen verfolgen soll. Er sagt nicht, dass in allen Fällen die Verfolgung des eigenen Interesses gut für das Allgemeinwohl sei. Er sagt nur, dass der Einzelne dadurch, dass er aus Eigeninteresse anstrebt seine eigene Produktivität und Erträge zu erhöhen, oft besonders effektiv dem Allgemeinwohl diene. Smith fährt an der obigen Stelle fort: Auch für das Land selbst ist es keineswegs immer das schlechteste, dass der einzelne ein solches Ziel nicht bewußt anstrebt, ja, gerade dadurch, daß er das eigene Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun.

250 Den freien Wettbewerb behindernde Monopole und Kartelle hielt Smith für besonders schädlich. Berühmt ist die Stelle im Wohlstand der Nationen: Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zu Zerstreungen, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann. (erstes Buch, Kapitel 10). Dennoch würde Smith die heutigen Anti-Kartell-

255 Gesetze eher kritisch als Eingriff in die natürlich Freiheit sehen, denn er fährt fort: Solche Zusammenkünfte kann man aber unmöglich durch ein Gesetz unterbinden, das durchführbar oder mit Freiheit und Gerechtigkeit vereinbar wäre, doch sollte das Gesetz keinerlei Anlaß geben, solche Versammlungen zur erleichtern, und, noch weniger, sie notwendig zu machen. Hier wendet er sich vehement gegen die damalige Zunftordnung, die ständige Versammlungen dieser Art zwangsläufig mit sich brachte.

260

Zu Smiths Zeit war trotz der von ihm beobachteten gewissen Erhöhung der Produktion die Armut der einfachen Arbeiter frappierend. Deren Untersuchung widmet er sich intensiv. Des öfteren habe ich gehört, es sei im schottischen Hochland nichts Ungewöhnliches, daß eine Mutter von ihren zwanzig Kindern nur zwei am Leben erhalten kann. (Erstes Buch, Kapitel 8).

265 Bei Lohnverhandlungen sieht Smith Arbeiter in einer viel schwächeren Position als Unternehmer. Dies erklärt Smith damit, dass Unternehmer sich aufgrund ihrer geringeren Zahl viel leichter als die Arbeiter zusammenschließen und eine Art Lohnkartell bilden können. Derartige Zusammenschlüsse gelangen den Arbeitern zum einen aufgrund ihrer großen Zahl und auch deswegen, weil damals Vereinigungen der Arbeiter gesetzlich verboten waren, kaum. (siehe Erstes Buch, Kapitel 8) An diesen (und anderen) Stellen seines Werkes wird deutlich, dass Smith eher kritisch gegenüber Unternehmern und Kaufleuten eingestellt war, jedoch ohne ihre wichtige Rolle für das Allgemeinwohl in Zweifel zu ziehen.

270

Den Mechanismus der Preisbildung erklärt Smith im Wohlstand der Nationen, Erstes Buch, Kapitel 7. Er unterscheidet zwischen dem natürlichen Preis und dem tatsächlich gezahlten Preis, dem Marktpreis. Er geht dabei davon aus, dass in jeder Gesellschaft übliche oder natürliche Sätze für den Arbeitslohn, den Kapitalgewinn und die Grundrente existieren. Eine Ware wird dann zu dem verkauft, was man als ihren natürlichen Preis bezeichnet, wenn der Preis genau dem Betrag entspricht, der ausreicht, um nach den natürlichen Sätzen die Grundrente, den Arbeitslohn und den Kapitalgewinn zu bezahlen, welche anfallen, wenn das Produkt erzeugt, verarbeitet und zum Markt gebracht wird. Unter dem Marktpreis versteht Smith den tatsächlichen Preis, zu dem eine Ware gewöhnlich verkauft wird, Er kann entweder höher oder niedriger als der natürliche Preis oder ihm genau gleich sein. Liegt der Marktpreis über dem natürlichen Preis, wird sich das Angebot vergrößern, da sich die Herstellung dieser Ware lohnt. Liegt er hingegen darunter, dann reicht er nicht aus um den für die Herstellung der Ware nötigen Arbeitslohn, Kapitalgewinn oder Grundrente nach den natürlichen Sätzen zu decken. Das Selbstinteresse der einzelnen Arbeiter, Geschäftsleute und Grundbesitzer sorgt dafür, dass im ersten Fall das Angebot erhöht und im zweiten Fall

275

280

285

vermindert wird. Ein überhöhter Marktpreis vergrößert das Angebot, wodurch der Marktpreis sinkt. Ein zu niedriger Marktpreis vermindert das Angebot, wodurch der Marktpreis steigt. *Aus diesem Grund ist der natürliche Preis gleichsam der zentrale, auf den die Preise aller Güter ständig hinstreben.* Dieser Mechanismus wird üblicherweise mit der *unsichtbaren Hand* des Marktes umschrieben, wobei Smith selbst die Metapher von der *unsichtbaren Hand* an anderer Stelle im *Wohlstand der Nationen* verwendete.

Kennzeichnend für Smith ist sein empirisches Vorgehen. Alle seine Folgerungen werden stets durch Beobachtungen und zum Teil intensives Quellenstudium über zurückliegende Preisentwicklungen belegt (siehe Ian Simpson Ross *Adam Smith*, Kap. 14). [...]